

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 03.04.2014

Zu TOP : 9.2

zur halbjährlichen Berichterstattung durch Empfänger von finanziellen Zuwendungen

Vorlage: AN 0047/2014

Herr Völker begründet den Antrag ausführlich.

Herr Rickmann, Frau Kindler und Herr Haack sprechen sich gegen eine Beschlussfassung des Antrages aus, um den Freien Trägern nicht noch mehr Arbeit aufzuerlegen, vielmehr sollte die Zeit für die Tätigkeit mit den Kindern und Jugendlichen genutzt werden.

Herr Völker betont, dass es nicht um den Aufbau von Bürokratie gehe, sondern um die Information, was mit den bereit gestellten Geldern geschieht. Damit kann Effizienz in die Projekte gebracht werden und eine mögliche Doppelstruktur vermieden werden. Frau Zaepernick-Risch erfragt, ob sich zwischenzeitlich Träger, welche sich in finanzieller Not befinden, mit entsprechenden Anträgen an die Hansestadt wandten.

Herr Albrecht berichtet, dass zwei Vereine Anträge stellten. Ein Verein teilte mit, dass er von Insolvenz bedroht sei, wenn der städtische Anteil nicht ausgezahlt wird. Der andere Verein hat den Vorstandsbeschluss gefasst, diese Erklärung nicht abzugeben. Seitens der Stadt wird geholfen, wie es versprochen wurde. Weitere Anträge liegen nicht vor.

Herr Suhr vermerkt, dass seitens der Träger der Verwaltungsaufwand überwiegend ehrenamtlich geleistet wird. Mit der vorgesehenen Berichterstattung erhöht sich der Verwaltungsaufwand bedeutend. Sachberichte sind jederzeit bei den Trägern einsehbar. Eine Vorstellung in den Ausschüssen sollte nach Auffassung von Herrn Suhr nicht stattfinden.

Herr Hofmann schließt sich den Vorrednern an und empfiehlt, sich Informationen vor Ort einzuholen.

Frau Kühl rät, gemeinsam mit den Trägern nach Aufgabenbündelungen zu suchen, um Mittel effektiv einsetzen zu können.

Herr Völker bittet im Ergebnis der weiteren Diskussion, den Antrag dahingehend zu ändern, dass "halbjährlich" gestrichen wird.

Herr Schulz lässt über den vom Einreicher geänderten Antrag wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

die Empfänger von finanziellen Zuwendungen durch die Hansestadt Stralsund für die Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und der kulturellen Jugendarbeit haben der Bürgerschaft über ihre Fachausschüsse einen Bericht über diesen Mitteleinsatz und den damit verbundenen Projekten und deren Arbeit zu geben.

Beschluss-Nr.:

für die Richtigkeit der Angaben: i.A. Lotzow/Sitzungsdienst

Stralsund, 30.09.2015